

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

23. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf. monatlich 20 Pf. ohne Postgebühren

Berlin, den 10. September 1927

Ersteinst vierzehntägige Samstag Einzelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 25

An unsere Postbezieher!

Wir machen darauf aufmerksam, daß von Januar 1928 ab der Verlagsort unserer Zeitung nicht mehr Berlin, sondern Köln ist.

Die Verbandsleitung.

Wo sind Deine Neuaufnahmen?

In der vorletzten Nummer unserer „Graphischen Stimmen“ wurde die Frage: „Warum agitieren wir für den Graphischen Zentralverband?“ behandelt. Heute wollen wir uns mit der Frage befassen:

Wer wirbt für den Graphischen Zentralverband?

Eine Anzahl unserer alten Kämpfer, vom reinsten Idealismus befeelt, sind auch heute die Hauptstützen unserer Werbetätigkeit. Sie sind aufs eifrigste bemüht, die Front der Arbeitnehmer des graphischen Gewerbes zu stärken. Werden wir mit diesen Kämpfern allein die Menge der Unorganisierten gewinnen? Bei aller Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit einiger müssen wir diese Frage verneinen. Soll unsere Werbetätigkeit den gewünschten Erfolg zum Vortritt bringen, dann muß das letzte Mitglied freudigen Herzens sich an der Werbetätigkeit beteiligen. In keiner Zahlstelle darf es Mitglieder geben, die nur auf Drängen sich zur Werbearbeit bereit finden. Mit solchen Kämpfern werden wir die Schlacht nicht gewinnen. Deshalb mehr

Feuer und Begeisterung

für unsere gute Sache. Jede Kollegin, jeder Kollege muß es sich zur Ehrenpflicht machen, wenigstens ein Mitglied zu gewinnen, ist es nicht im eigenen, dann in einem anderen Betriebe. Keine Zeit darf zu schade sein Weg zu weit sein.

Viele glauben, sie seien den Einwendungen der Unorganisierten nicht gewachsen. Demgegenüber wollen wir doch eines festhalten, daß der Unorganisierte der größte Feind der Arbeiterschaft ist. Der Arbeitgeber sorgt für seinen Vorteil, der Unorganisierte für seinen sowie der gesamten Arbeiterschaft Nachteil. Dem Unorganisierten zu sagen, daß er unsere Front schwächt, daß er die Stellung des Prinzipals, des Unternehmers stärkt, wird wohl für keinen eine Schwierigkeit bedeuten. Unsere gute Sache kennt nur Kämpfer oder Gegner. Im Herzen wünscht jeder Arbeiter die Besserung seines Lohnes; wenn dies aber der allgemeine Wunsch ist, dann hat auch jeder die Pflicht, für diese Besserung Sorge zu tragen. Da hilft kein Schließen nach politischen Parteien. Hier ist die erste Voraussetzung

eine starke Verufsorganisation.

Viele haben eine gewisse Scheu, dem Unorganisierten das Unmoralische seiner Handlungsweise vorzuhalten. Dies ist falsch! Den Feind stelle ich überall, wo ich ihn treffe. Der Unorganisierte trägt doch mit mir das gleiche Los. Deshalb soll er mein Mitkämpfer und nicht mein Gegner sein.

Aus der Geschichte wissen wir, daß gerade die Jugend sich mit heller Begeisterung für große Ziele eingesetzt hat. Kann es ein größeres, ein schöneres Ziel als die Besserung der Lage der Arbeiterschaft, als die gleichberechtigte Einordnung des Arbeiterstandes in die Gesellschaftsordnung geben? Darum, ihr jungen Freundinnen und Freunde, auf zur Werbearbeit für den

Graphischen Zentralverband!

Du hast auch nicht vom ersten Fehlschlag entmutigen, schon der erste Erfolg wird euch innerlich begeistern und ihr werdet es als eine heilige Aufgabe betrachten,

als Mitarbeiter an der Erreichung des vorerwähnten derten Zieles berufen zu sein.

Wer sich bisher an der Werbearbeit beteilig hat, werde sofort ein Pionier unter den Verbänden. Nicht mit großen wissenschaftlichen Abhandlungen, sondern nur mit der klaren Erkenntnis, daß für die Arbeiterschaft die größte Einigkeit notwendig ist, leisten wir unsere Werbearbeit.

Düren.

W. Mookel.

Aus dem Bezirk Nordwest

Unser Bezirk hatte als Aufstakt zu seiner dies-jährigen besonderen Werbearbeit sogenannte Unter-bezirksversammlungen für alle seine Ortsgruppen festgelegt. Sie begannen am 23. Oktober in Han-nover. An dieser Versammlung nahmen unsere Mitglieder aus Hannover und Hildesheim teil. Am 30. Oktober fand für die Ortsgruppen Essen, Bochum, Gelsenkirchen und Dort-mund die Versammlung in Essen statt. In Bielefeld versammelten sich am 6. November die Ortsgruppen Bielefeld, Gütersloh, Pader-born und Lippstadt. Die Ortsgruppen des Münsterlandes Dülmen, Coesfeld, Münster, Rheine und Kettlinghausen kamen am 13. November in Dülmen zusammen. Am 20. No-vember fanden sich die Ortsgruppen Hagen, Fier-lohn, Fröndenberg, Hamm, Neheim, Arnsberg und Meisebae zusammen, und zwar in Hagen. Den Schluß bildeten die Ortsgruppen Bremen und Delmenhorst, die am 26. No-vember in Bremen sich versammelten.

Der Besuch der einzelnen Versammlungen war durchweg gut. Allerdings hätte ein Teil der Orts-gruppen wirklich besser vertreten sein können. Es verlagten in dieser Beziehung Gelsenkirchen, Pader-born, Lippstadt, Arnsberg, Fierlohn und Meisebae. Diese Orte hätten es wirklich nötig, mehr Interesse an der für sie zuständigen Versammlung zu zeigen.

Die Vortragsthemen lauteten: „Was lehren uns die Tarifverhandlungen des Jahres 1927?“ und „Welches sind die Zukunftsaufgaben für uns als christliche Gewerkschaftler?“ Für die Versammlungen in Essen und Dülmen war der Verbandsvorsitzende Kol-lege Hornbach vorgelesen. An der Dülmener Ver-sammlung konnte er leider infolge dringend not-wendiger anderer Arbeiten nicht teilnehmen. Für die Versammlungen in Bielefeld und Hagen war Kol-lege Mookel (Düren) gewonnen. Dieser konnte durch plötzliche Verhinderung nur an der letzten Versamm-lung teilnehmen. Somit hatte der Untergebiete für die Versammlungen in Hannover, Bielefeld, Dülmen und Bremen die Referate allein.

Allgemein fanden die Vorträge Anklang. In einigen Orten war eine lebhafte Aussprache. Nament-lich waren sich alle Kollegen über die zukünftige Gestaltung unserer Lohn- und Manteltarife einig. Mit etwa kommenden Anordnungen zur Schaffung von Kampfmitteln würde man sich einverstanden er-klären. Unter keinen Umständen dürfe namentlich für das Buchbindergewerbe das Jahr 1928 so käuflich abschneiden wie dieses Jahr. Die unbedingte Not-wendigkeit, für weiteren „Zusammenschluß“ der Ver-ufsangehörigen Sorge zu tragen, wurde anerkannt und Mittel und Wege gedeutet, wie dieses zu er-reichen ist. Alle müssen werden. „Wir dulden keine Unorganisierten mehr neben uns.“ Mehr als bis-her müsse man sich aber auch wieder grundsätzlicher einstellen. Bewußt christliche Gewerkschaftler müssen wir sein. Den weltanschaulich zu uns gehörenden Ver-ufsangehörigen, die den sozialistischen Gewerkschaften angehören, müsse Aufklärung über das Streben und das Ziel unseres Verbandes gegeben werden. Mit der Gestaltung unseres Verbandes befaßten sich eine Reihe Kollegen. Fragen tauchten auf, die unsere nächste Verbandsgeneralversammlung beschäftigen werden. Lieber Sozialpolitik wurde eingehend gesprochen. Be-schrittene Wege müssen weiter gegangen werden, um auf diesem Gebiete der Arbeiterschaft noch manche berechtigten Wünsche zu erkämpfen.

Aus allem trat deutlich die Notwendigkeit starker christlicher Gewerkschaften hervor. Wollen wir vor-kommen, dann können wir das nicht allein, dann muß wir starke festgefügte Organisationen nötig. Die stattgefundenen Versammlung standen auf einer guten geistigen Höhe. Angenehm berührte es, daß man sich nicht allzuweit mit Kirchturnispolitik be-faßte. Man sah mehr die großen Aufgaben. Alle Versammlungen nahmen so den besten Verlauf und dürften den Zweck erfüllt haben. Dieser sollte sein, den Mitgliedern, auch in kleineren Orten, einmal Wichtiges sagen zu können, dann aber auch, um die so notwendige Aktivität wieder mehr zu entfachen. Dafür sorgten durch kurze Ansprachen auch die in einigen Versammlungen anwesenden Kartellvorsitzen- den. Es dürfte sich überhaupt als zweckmäßig gezeigt haben, die Kartellvorsitzenden zu solchen Versamm-lungen besonders einzuladen, desgleichen auch unsere Freunde vom Gutenberg-Bund, die an diesen Ver-sammlungen leider nicht teilnahmen, ob mit oder ohne Schuld, sei dahingestellt. Zusammenarbeit beider christlichen graphischen Verbände wird gerade in Zu-kunft nötig sein.

Was ist nun nach Abschluß der außerordentlichen Werbearbeit in unserem Bezirk als Erfolg festzustellen? In der Mitgliederbewegung sind wir vorwärtsges- kommen. Rund 100 Mitglieder konnten in dieser Zeit gewonnen werden. Ein Zeichen, daß es geht, wenn der Wille vorhanden ist. Einige Orte haben sich besonders hervorgetan. Wenn das ganze Jahr hindurch so wie in den letzten Wochen gearbeitet würde, dann würden bald keine „Schmarotzer der Arbeiterschaft“ mehr vorhanden sein. So erfreulich die Tatsache ist, daß sich die gewonnenen Mitglieder fast ausschließlich aus Verufsangehörigen der Buch-binderei und Buchdruckerei zusammensetzen, so muß es aber auch unsere Aufgabe sein, in die Kartonnagen- und Papierverarbeitungsbranche mehr einzubringen. Dort sind leider noch Tausende vorhanden, die ab-seits stehen und dadurch das Vorwärtstommen dieser Gruppen hemmen. Möge man die wenigen Wochen des alten Jahres noch benutzen, um beim Jahres-abschluß noch günstiger dazustehen. Hierin müßte jede Ortsgruppe ihre Ehre setzen.

Dortmund.

L. Kembüßler.

Der Graphische Zentralverband in Oesterreich

Das Tätigkeitsgebiet des Graphischen Zentralver-bandes von Oesterreich erstreckt sich auf das gesamte graphische Personal, sowie Papierindustrie. Trotz dieses breiten Aufgabengebietes handelt es sich hier noch um eine schwache Organisation. Bei einer Ge-samtbevölkerung von 6 1/2 Millionen waren Ende 1926 in Oesterreich 756 000 Mitglieder den freien Gewerkschaften und 76 122 den christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung umfaßt somit rund ein Zehntel der Mitglieder der freien Gewerkschaften. Der Graphische Zentralverband in Oesterreich ist in seiner Mitgliederentwicklung un-gehener gehemmt, weil die sozialdemokratischen Ver-bände eine Reihe von Monopolverträgen durchgesetzt haben, und stärksten Terrorismus gegenüber Mit-gliedern des Graphischen Zentralverbandes ausüben.

Mitte Oktober hielt der Graphische Zentralverband von Oesterreich seine vierte Generalversammlung in Wien ab, zu der die deutschen Bruderverbände Gra-phischer Zentralverband und Gutenberg-Bund ihre Vorsitzenden als Gäste entsandt hatten. Die Tagung nahm einen guten Verlauf, zumal alle Vertreter von dem Willen befeelt waren, alles zu tun, um eine günstigere Mitgliederentwicklung herbeizuführen. Sind

Gedanke zu Weihnachten nichts Ueberflüssiges,

sondern Notwendiges! Notwendig ist die Fürsorge für die Deinen! Wende Dich an unsere Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft, Berlin-Schöneberg, Hähnlestraße 15a + +

doch nur rund 150 vollzahlende Mitglieder Mitte 1927 festgestellt worden. Besonders schwach ist die Mitgliedschaft in den gelehrten Berufen, die Buchdrucker, Steinbrücker, Buchbinder. Man erkannte, daß alles aufgehoben werden müsse, um hier besser Fuß zu fassen. Währen Wert legte man auf eine zeitgemäße Beitragsform.

Der bisherige Beitrag bewegt sich von wöchentlich 20 bis 150 Groschen. Die vom Verbandsvorstand vorgelegte Beitragsregelung bis zu 4 Schilling, gleich 2,40 M., wurde einstimmig angenommen. Zugleich wurden auch die Unterzahlungsstufen festgesetzt und somit die Möglichkeit geschaffen, das künftige kleinere materielle Verschlechterungen für Hebertretende zu bezeichnen.

In Österreich gelten, wie in Deutschland, für alle graphischen und Papierverarbeitungsberuflichen Reichstaxen. Die Höhe der dortigen Tarife, in Reichsmark umgerechnet, sind im allgemeinen niedriger als in Deutschland. Die Arbeiterschaft, die an wichtigen Tageszeitungen beschäftigt wird, erhält einen höheren Lohn, als jene in sonstigen Zeitungen und Abteilungen. Die Abmätzung für das Hilfspersonal ist ebenfalls unangünstiger als in Deutschland, desgleichen ist auch die Lohnspanne innerhalb der verschiedenen Tarife und Branchen unangünstiger. Es sei aber im besonderen bemerkt, daß die Preise für alle Lebensbedarfsartikel in Österreich niedriger sind als in Deutschland.

Ferroalloy gegenüber christlich organisierten Arbeitern, wie sie vor 20 Jahren in Deutschland vorkamen, sind heute noch eine allseitige Ermüdung in Österreich. Fast noch in Österreich 43 Prozent der Bevölkerung der Sozialdemokratie. Als in Österreich die bürgerlichen Kreise angingen, ihr Augenmerk der bisher vernachlässigten Arbeiterschaft zuzuwenden, war die große Waise zum allergrößten Teil dem sozialistischen Gewerkschaftsgedanken verfallen. Hinzu kam noch, daß die Sozialdemokraten Österreichs, trotz ihres sonst radikalen Weisens, gewissermaßen nachzucken suchten, daß die Heiligen Schutz bei ihnen geniesse. Verträge man doch auf dem Vinger Parteitag, nach unserer Auffassung in schwebeliger Form, das Aneinanderreihen und den Kampf gegen die Straße innerhalb der sozialistischen Reihen einzudämmen. Auf jeden Fall steht fest, daß in Österreich prozentual mehr als in jedem anderen Staat religiös gesinnte Arbeiter und Arbeiterinnen den sozialdemokratischen Gewerkschaften und der Partei angehören. Nach unserem Dafürhalten ist man in Österreich zu viel Parteimann und zu wenig Gewerkschaftler.

Wie unbeschämte die Sozialdemokraten in Österreich gegenüber Andersgearteten sind, möge man an dem Vorgang Ende 1924 in St. Pölten erkennen. In einer dortigen Freiwirtschaft, die eine gewöhnlich-sozialen Parteiveranstaltung, trat ein Buchdrucker zum graphischen Zentralverband über, und da sich die Druckerleitung weigerte, dem Antrag der Gewerkschaft zu willfahren, die diesen Mann zu entlassen, proklamirte der sozialdemokratische Buchdruckerverband für diesen Betrieb den Streik. Aber bereits im ersten Ansturm erlitt er eine Enttäuschung. Von den 21 Beschäftigten haben sieben diese Zustimmung mit dem Austritt aus dem sozialdemokratischen Verband beantwortet und den Hebertritt zum graphischen Zentralverband vollzogen. Unterstützt von freiwilligen Helfern, konnte der Betrieb seinen Verpflichtungen genügen, und nachdem die Streikenden eine ihnen gestellte Frist zum Wiedereintritt verstreichen ließen, wurde ihre Entlassung verfügt. Mehrmals demonstrierte man durch harten Zug aus dem sonstigen sozialdemokratischen Lager vor dem Druckergebäude, schlug christlich Organisiert blutig und drohte mit der Zerstörung des Betriebes. Einem Kollegen schlug man während des Kampfes in seiner Privatwohnung sämtliche Fenster ein, doch all das führte nicht zum Ziele. Die christlichen Kollegen hielten stand, und nach langen Wochen gelang es auch, die fehlenden Kräfte aus dem christlichen Gewerkschaftslager von außerhalb zu decken. Der Betrieb in St. Pölten ist seit langem gesondert und die Ferroalloy müssen sich sagen: „Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“.

Nur Kampfgewalt in den Reihen der christlichen Gewerkschaften in Österreich vermag dem terroristischen Treiben der Sozialdemokraten Einhalt zu gebieten. Wenn alle Mitglieder in Verbindung mit den neuen Beschlüssen ihre Pflicht tun, so wird und muß es vorangehen. Die Zeitung der Organisation ist in guten Händen. Mit der weiteren Verstärkung und Debnung des handbewußten christlichen Arbeiters dürfte die Gleichberechtigung nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Pflichten der Eltern

Kürzlich wurde im „Typograph“ in einem Aufsatz mit Recht darauf hingewiesen, daß die Jugend zum großen Teil deshalb die Erwartungen, die wir als echte Gewerkschaftler an sie stellen müssen, nicht erfüllt, weil die meisten Erwachsenen der Jugend gegenüber nicht ihre Pflicht tun. Um die Wahrheit dieser Tatsache festzustellen, brauchen wir gar nicht weit auf die Suche zu gehen. Fragen wir nur einmal unsere Mitglieder, die schon schulentlassene Kinder haben, ob diese Kinder auch gewerkschaftlich organisiert sind.

Wir werden dabei die schönsten oder besser gesagt unangenehmsten Ueberraschungen erleben. Man wird immer wieder die Feststellung machen müssen, daß manche Väter ihre gewerkschaftlichen Pflichten hinsichtlich ihrer eigenen Kinder nicht erfüllen. Sie machen Agitation in fremden Häusern mit und suchen fremde Jugendliche zu gewinnen, aber in ihrer eigenen Familie stellen sie die Agitation hübsch ein. Die Mitgliederzahl der ganzen christlichen Gewerkschaftsbewegung würde sich mit einem Zehntel außerordentlich vermehren, wenn in dieser Beziehung jeder Vater seine Pflicht erfüllen würde.

Es fehlt nicht an Entgegnungen, wenn wir bei der Werbung ins Elternhaus kommen, um die organisationsfähigen Kinder für die Gewerkschaften zu gewinnen. Meistens ist es die Mutter, die offenen Widerstand leistet. Sie weiß auf die Beitragszahlung des Vaters hin und meint, es sei genug, daß er die hohen Beiträge bezahle. „Was will der Junge schon in den Gewerkschaften machen, er verdient nicht einmal Kost und Kleidung und soll schon Beiträge zahlen. Wenn er älter ist, ja, heißt aber noch nicht.“ So spricht die Mutter mit mehr oder weniger Energie, aber trotzdem mit sehr viel Unkenntnis. Der Vater drückt sich meistens. Er weiß besser, wie notwendig die Organisierung auch der Jugendlichen ist, hat aber nicht den Mut und den Opferwillen, das zu tun, was er im Inneren seines Herzens für richtig erkennen muß.

Wir nehmen aber zur Ehre all dieser Väter und Mütter an, daß sie sich der Tragweite ihres Tun und Lassens nicht ganz bewußt sind, sonst würden sie gewiß anders handeln. Welche Wege gehen meistens die jungen Menschen, die nicht sofort durch ihre Eltern den zuständigen Gewerkschaftsorganisationen zugeführt werden? In den ersten zwei, drei Jahren leben sie gedankenlos in den Tag hinein. Gewerkschaftliche Veranstaltungen besuchen sie zwar nicht, dafür aber andere Gesellschaften, die viel mehr kosten als die für Jugendliche so geringen Gewerkschaftsbeiträge. Mit 17, 18 Jahren verdienen die Jugendlichen schon so viel, daß selbst die Eltern nicht mehr gut behaupten können, für die Gewerkschaftsbeiträge lange der Lohn nicht. Aber dann wird das Geld von den Jugendlichen lieber für andere „wichtigere“ Zwecke gebraucht. Sport, Spiel, Tanz, Zigaretten usw. stehen dann auf erster Stelle. Und noch einige Jahre später ist das Gefühl des Unorganisiertseins bei den jungen Leuten chronisch geworden. Gewiß auch von diesen finden hier und da noch einige durch gute Freunde den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation. Aber die übergroße Mehrzahl ist verloren. Sie sind Unorganisierte aus Prinzip geworden oder schließlich sogar im gewerkschaftlichen Lager gelaufen. Dann wundern sich heute die Väter unorganisierter Kinder, über die vielen Unorganisierten. Es wird nicht schlecht auf diese geschimpft und doch, würden die Väter gleich alle erwerbstätigen Jugendlichen in die Gewerkschaftsorganisation führen, dann würde das Heer der Unorganisierten bald zusammenschmelzen. Es muß allen Erwerbstätigen von Jugend an das Gefühl beigebracht werden, daß das Organisiertsein so notwendig zum Arbeiten gehört, wie etwa die Arbeitskleidung.

Keiner kann es verantworten, Unorganisiert zu erziehen. Aber ebensovienig kann die Verantwortung dafür getragen werden, daß der Sohn oder die Tochter schließlich leichtfertig im freigewerkschaftlichen oder im kommunistischen Lager landet. Väter, Mütter erfüllt daher eure Pflichten!

Gelehrte und Arbeiterchaft zur Sozialversicherung

Solange die deutsche Sozialgesetzgebung besteht, hat diese in den Kreisen studierender Leute aufmerksamer Beobachter und Beurteiler gefunden; die Anteilnahme war auch vielfach förderlicher Natur. Es sei z. B. nur an die Tätigkeit der „Sozialen Praxis“ und der ihr nachstehenden Kreise erinnert, innerhalb deren sich ja auch viele studierte und höchst angesehene Personen befanden und noch befinden. Die Arbeiterchaft hat im übrigen die Unterstützung wohlgesinnter Außenstehender in sozialen Angelegenheiten immer gern akzeptiert und sich dabei im Grunde genommen wenig den Kopf darüber zerbrochen, woher diese Unterstützung kam. Allerdings war sie auch sehr oft genötigt, gerade Angriffe aus intellektuellen Kreisen energisch zu begegnen oder eine angebrachte Vorsicht walten zu lassen, wenn es sich um Ansichten handelte, die weniger erkennen ließen, daß sie in der Liebe zur Sozialversicherung und in der Gerechtigkeit ihren Grund hatten, sondern lediglich in einem „Möfanden mit dem Zug der Zeit“. Wir kennen ja alle das bekannte trodene und feuchte Auge auch in dieser für die Arbeitnehmerschaft so lebenswichtigen Angelegenheit.

Nicht wenige Professoren an deutschen Hochschulen haben sich aufs eingehendste mit der nationalen und internationalen Sozialversicherung befaßt. Die Arbeitnehmerschaft gedenkt dabei stets in Dankbarkeit auch des Guten, was die sogenannten und in einer gewissen Zeit, an die wir aus politischen und geschichtlichen Gründen nicht näher erinnern wollen, viel und meist zu Unrecht geschmähten „Katheber-Sozialisten“ er-

streben und zum Teil auch erzielt hatten. Vergessen und gern verziehen wird daher auch manche verabschiedete Idee und sonstige Doktrin, die hier und da unterliegen; maßgebend war stets die von der Arbeitnehmerschaft mit seinem Instinkt erkannte Absicht, daß man nur das Gute wollte.

In einem der gegenwärtig besten Kenner der deutschen Sozialversicherung, die auf einem Universitätslehrstuhl sitzen, zählt zweifellos Professor Dr. Moldenhauer in Köln, dessen soziale Ansichten und Theorien von Manne der rauhen Arbeit und des einfachen Bestandes zwar nicht immer geteilt werden. Aber einer auf Hebertretung beruhenden Verteilung sozialer Dinge darf man deshalb nicht aus dem Wege gehen, weil sie einem vielleicht „nicht in den Aram passen“; erst durch die Auseinandersetzung mit den beruflichen Vertretern der Arbeiterschaft wird sich die Verteilung können, was dem sozialen Wohl der von der Hand in den Mund lebenden Bevölkerung schichten kommt. Kürzlich äußerte sich nun Universitätsprofessor Dr. Moldenhauer, der auch dem Reichstage angehört, über die Gliederung der deutschen Sozialversicherung vom grundsätzlichen Standpunkte aus. Er betonte und dann verpflichten wir ihm bei, daß die deutsche Sozialversicherung auf dem Gedanken der dezentralisierten Organisation beruhe. Für jeden Versicherungs Zweig seien besondere Versicherungsträger vorgesehen. (Ob diese besonderen Versicherungsträger notwendig und zweckmäßig sind, ist eine hart umstrittene Frage, über die man allerdings auch innerhalb der Arbeiterschaft noch nicht einer Meinung ist.) Der Grund für diesen Aufbau liege zunächst in der Anknüpfung an das historisch Gewordene. Als man die Sozialversicherung ins Leben gerufen habe, seien die verschiedenen Arten der Krankenkassen bereits vorhanden gewesen. Die anderen Versicherungszweige und ihre Träger seien erst neu geschaffen worden. Wenn Professor Moldenhauer des weiteren ausführt, daß man unbeschäftigt der sozialen Gesetzgebung in den achtziger Jahren den Vorwurf der Platonizität und Ueberfüllung gemacht habe, so wird man diese Feststellung und Beurteilung nur aufheben können, wenn man andererseits auch vom politischen und tatsächlichen Standpunkte aus nicht schlichthin von dem „großen Werte Bismarcks“ reden kann, wie das Professor Moldenhauer hinzufügen beliebt. Die Geschichte der industriellen Entwicklung Deutschlands und das Ringen des sogenannten „vierten Standes“ nach Luft und Licht werden denn doch eine andere Sprache, deren Einfluß sich selbst ein Bismarck nicht entziehen konnte, dessen überragender Geist und seine Achtung vor der Kritik immerzeit sogar den Tag prägte, daß auch „der Monarch der Kritik bedarf, an deren Stachel er sich zurecht findet, wenn er den rechten Weg zu verlieren Gefahr läuft“.

Da gerade von dem „vierten Stande“ die Rede ist, so wird es heute gewiß interessieren, was vor 27 Jahren ein rheinischer Universitätsprofessor, Geheimrat Dr. Dieckel, von diesem „vierten Stande“ sagte: „Daß der vierte Stand noch immer größtenteils besteht — es ist bei nächster Erwägung nicht zu verkennen. Alle jene Reformen (gemeint ist die soziale Gesetzgebung, D. K.), so notwendig sie auch waren und so segensreich sie gewirkt haben, haben doch den bittersten Kern der Zwietracht zwischen Kapital und Arbeit nicht gespalten, sondern nur einig von seiner rauhen Schale weggesplittert. Denn dem vierten Stande den Weg zu einer höheren Stufe der sozialen Leiter wieder zu erschließen, ihm das Bewußtsein der Gleichberechtigung, das Herrschaftsgefühl, das er sich erhebt hat statt des Mangelgefühls, zu erwecken, haben sie nicht vermocht. Und wie man auch künftig auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und des Arbeiterlohnes noch fortstreite — die Lösung dieses tiefsten Problems wird nicht gelingen; sie liegt außerhalb des Vermögens staatlicher (wie auch kommunaler) Sozialpolitik. Nur die Arbeiterschaft selbst kann sie vollbringen — durch genossenschaftliche Selbsthilfe, vor allem durch „Gewerksvereine“. Der Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft in diesen 27 Jahren entspricht so ganz dem Gedankengange, den Geheimrat Dr. Dieckel (Wonn) damals in so prägnanter Form entwickelte. Die Selbsthilfe, die Gewerkschaften, sind in aller Linie die Schrittmacher gewesen im Kampf um bessere Existenzbedingungen, um sozialen Fortschritt und um die Gleichberechtigung des „vierten Standes“.

Nach Professor Moldenhauer sind die Gründe, die in den achtziger Jahren für die jetzige Organisation der Sozialversicherung gesprochen haben, heute noch anzuerkennen. Die einzelnen Versicherungszweige beruhen nach seiner Beurteilung auf ganz verlässlichen versicherungstechnischen Grundlagen und bedürfen deshalb auch einer anderen Organisation. Die Krankenkasse bedarf örtlicher Einrichtungen, denn die Hilfe muß sofort eintreffen. Die Krankenversicherung muß sich den sehr verschiedenen örtlichen Verhältnissen anpassen können. Sie muß auch den Versicherungen nahe stehen, um unwiderruflich eine geeignete Kontrolle auszuüben. (Wegen einer Kontrolle ist es auch für sich nichts einzuwenden, aber wir müssen uns dagegen wehren, daß man diese Kontrolle anders aufzustehen für notwendig erachtet, als man sie für andere Stände für gut befindet, und daß die unentbehrliche Kontrolle nicht, wie es vielfach geschieht, schamlos ausartet und mit dem Ehrgefühl des

...unfähig erkrankten Arbeiters oder der Arbeiterin ein Schindluder getrieben wird. Hierzu auch die noch so vielfach anzutreffende zweidrittelkassige Behandlung der Kassennmitglieder Nerzte usw.

In statistischer Hinsicht führte Professor Molden aus, daß jährlich über sieben Millionen Versicherungsfälle in der Krankenversicherung zu verzeichnen seien, auf 100 Personen kämen im Durchschnitt etwas über 40 Krankheitsfälle. Dabei sei in der Krankenversicherung schon in verhältnismäßig dem Kreise ein Ausgleich der Wagnisse, der Vermögen und die Technik einfach. Anders liege es bei der Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Hier handele es sich verhältnismäßig wenig Versicherungsfälle, die lang andauernde Leistungen, nämlich Renten, schäften. In der Unfallversicherung seien z. B. für 107.517 Betriebsunfälle erstmalig Entschädigungen festgestellt worden, obgleich die Zahl der Renten nicht unerheblich hinausgehe. Hier müsse Schwergewicht in Versicherungsträgern liegen, sich über weite Gebiete erstrecken. Daß man die Arbeitslosenversicherung eine bessere Organisation geschaffen habe, sei in der engen Verbindung dieser Versicherung mit dem Arbeitsnachweis begründet. Die Aufgaben des Arbeitsnachweises von keinem der bisherigen Träger der Sozialversicherung, die für ganz andere Zwecke geschaffen übernommen werden.

Wir betonen noch einmal, daß der Arbeiter mit Dank und Genugtuung begrüßt, wenn intellektuelle Kreise sich seiner Räte und seiner sozialen Lage annehmen und mit innerlicher Heberzeugung sind, dem sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse weiterhin die Wege zu ebnen. Manchesterismus und sozialer Herrenstandpunkt müssen ein für allemal Geschichte angehören. Was sich die Arbeiterklasse über sozialpolitischem Gebiete erstreiten und dort hat, darf nie und nimmer wieder verloren gehen. Heute ist glücklicherweise wenigstens einigermaßen das erreicht, was der vorhin erwähnte Senator Dr. Diegel (Nationalökonom) vor 27 Jahren Mut hatte — ja, damals bei einer sehr feierlichen Gelegenheit, den Mut hatte —, als er behauptete: „Wie einst die Fürsten, so verkommen die Großunternehmer, daß sie Herren im Hause sind, sich nicht durch Verhandlungen binden, kein Papier zwischen sich und ihren Untertanen zu wollen. Wie aber der Widerstand jener, so der Widerstand dieser schließlich gebrochen werden. Der immer steigenden sozialen Potenz der Arbeiterverbände wird die Forderung: Teilung der Gewinne auch auf sozialem Gebiete, verwirklicht werden.“ Die Aufgabe der Arbeiterklasse muß es sein, daß diese Forderung des rheinischen Gelehrten immer mehr in die Wirklichkeit umgesetzt wird, bis die volle Gleichberechtigung des Arbeiterstandes ein unantastbares geworden ist. Es gilt, die Dichterworte (Schiller: „Die Räuber“, I. 1) endgültig außer Kurs zu setzen: „Der Bettler eine Freiheit, eine Wahl? Er muß dem Mächtigen, der ihn bezahlt, Für Brot und Stiefeln seine Stimme verkaufen.“

Volkswirtschaft - Sozialpolitik

Zigarettenpreise und Lohnanteil. Bei dem aufzunehmenden Abwehrkampf der Zigarettenarbeiter gegen die totale Aussperrung des Reichsverbandes deutscher Zigarettenhersteller ist es nicht ganz uninteressant, einen Lohnanteil mit den übrigen Gesehungsarbeiten der Zigarette zu vergleichen. Bei den in Schleien hergestellten 10-Pfennig-Zigaretten beträgt für das Stück der Lohnanteil 12 Mark bis 13,50 Mark, Kosten des Rohmaterials 17,50 Mark, der Eingangskosten 20 Mark, die Vandalensteuer 20 Mark und die Kosten der Betriebsunterkosten 3,50 bis 4 Mark. Es bleibt an Unternehmer- und Händlergewinn rund 10 Mark übrig. Daraus folgt, daß der Lohnanteil über den Gesamtkosten nur einen geringen Bruchteil ausmacht und daß der Unternehmergewinn ein Vielfaches vom Lohn beträgt. Der Gewinn steigt bei besseren Sorten noch ganz merklich, abgesehen davon, daß z. B. die 10-Pfennig-Zigarette manderorts mit 12 und 15 Pfennigen verkauft wird. Angesichts dieser Tatsachen erscheinen die miserablen Löhne der Zigarettenarbeiter in einer besonders auffälligen Disproportion zu den rigorosen Maßnahmen des Unternehmerverbandes. Die Tabakarbeiter mögen hungern, man muß selber auf Kosten derer, die die Werte schaffen, unverhältnismäßig hohe Gewinne einstreicht.

Dividenden und Lohnerböhung. Die Textilindustrie ist auf lange Sicht glänzend beschaffen. Die Textilfabrikanten haben die Textilfabrikanten. Und wenn die Textilfabrikanten ihre gewiß mehr als bescheidenen Gewinne aufbessern haben wollen, dann klammert man an das zwar sehr abgegriffene, aber in der Vergangenheit immer noch langvolle Wort: „Untragbar.“ Nur ganz ahnungslose Gemüter werden dieses Wort anders als es wirklich ist, nämlich überflüssig, als ein der erhöhten Profitrate wieder etwas abzugeben zu müssen. Schon allein die Höhe der Dividenden ist ein untrüglicher Beweis für die Trag-

barkeit. So betrug 1926 die Dividende beispielsweise bei der Firma „Berlin-Gubener Hut“ 16 Prozent (1925 = 14 Prozent), bei der „Vereinigten Glasfabrik“ 15 Prozent (1925 ebenfalls 15 Prozent), bei der „Madbacher Wollindustrie“ 12,5 Prozent (gegen 6 Prozent im Vorjahr), bei „Bachmann und Ladewig“ 12 Prozent (gegen 9 Prozent) und bei der „Mechanischen Weberei Sarau“ 12 Prozent (gegen 11 Prozent). Bei solchen Dividenden von einer Untragbarkeit jeglicher Lohnerböhung zu sprechen, ist zum mindesten eine leichtfertige Behauptung.

Gewerkschafts-Rundschau

Weihnachtsbeihilfe für die Kriegsoffer. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Straße 53, hat beim Reichsarbeitsministerium den Antrag auf Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene gestellt. In der Begründung dieses Antrages wird darauf verwiesen, daß die dem Reichstage vorliegende Novelle zum Reichsversorgungsgesetz kaum so rechtzeitig verabschiedet würde, daß die neuen Rentengebühnisse noch im Laufe des Monats Dezember zur Auszahlung kommen könnten. Für die Kriegshinterbliebenen sei außerdem bisher nur eine verschwindend geringe Erhöhung der Renten vorgezogen, so daß deren schwierige wirtschaftliche Lage unverändert fortbestünde. Die Notwendigkeit der Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an die Versorgungsberechtigten könne keinesfalls bestritten werden.

Der Gewerkschaftsfrauen Sparsparität. Schwer und hart spielt sich gar oft im Arbeiterleben der Kampf um ausreichende Existenz, um menschenwürdiges Auskommen ab. Sorgenvolle Heberlegungen begleiten das Dasein selbst in sogenannten guten Zeiten. Erst recht zur Zeit wirtschaftlicher Ebbe. Wirtschaftliches Voraussehen zwingt, daher in besseren Zeiten für kommende schlechteren Zeiten Vorzüge zu treffen. Die Kunst des Wirtschaftens, des Haushaltens muß nachhaltig geübt werden. Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bedürfen sorgfältiger Pflege. Anregungen und Anpreisungen zur Sparsamkeit begegnen der Frauenvolk am Schritt und Tritt. Ausgedehnte und raffinierte Klammern, kaufen mit Sparen verquidend, drängen sich den Frauen auf. Zu diesen Tagen der Weihnachtsvorbereitungen, in den hinter uns liegenden Tagen der Winterkälte, da machten sich ernsthafteste Heberlegungen erst recht an die Frauen und an die Haushaltungsvorstände heran. Außergewöhnliche geldliche Aufwendungen waren erforderlich. Nur unter großen Sorgen und Einschränkungen konnten die Mittel beschafft werden. Auch so ergibt sich die Notwendigkeit, in längerem Zeitraum Müllagen zu machen, um über die Zeiten erhöhter Aufwendungen besser hinwegkommen zu können. Sparsam im Frauenleben spielt so eine gewichtige Rolle. Es kommt in der Arbeiterfamilie sowohl auf die angemessene Höhe des Einkommens als auch auf die rechte Verwendung des Lohnes an. Der Förderung der Sparsamkeit wird daher in der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der eigenen Art Aufmerksamkeit zugewandt. Kraftvolle gewerkschaftliche Betätigung muß das Fundament schaffen, auf dem überhaupt Sparsamkeit ermöglicht wird. Mit Zug und Recht wird hier verlangt, daß aus sozialen Gründen der breiten Masse der Arbeitnehmer die Betätigung bei der Neubildung des Kapitals möglich gemacht werden muß. Es muß das Arbeitnehmerkapital im Sinne der Bestrebungen der Arbeitermerchenschaft Verwendung finden. Deshalb wurde die organisierte Sparparität in den Dienst dieser Bestrebungen gestellt. Demnach sollen nicht nur für den Einzelnen die guten Wirkungen der Sparsamkeit ausgelöst werden. Diese Tätigkeit soll auch der Standesbewegung nutzbar gemacht werden. Auch die gesamte Arbeitermerchenschaft soll für den Gedanken des berufständischen Sparverkehres mobilisiert werden. Besondere Sparvereinigungen sollen hier die Führung übernehmen. Arbeitermerchants werden ins Leben gerufen, durch die christlich-nationale Arbeiterbewegung — die Deutsche Volksbank gegründet. Arbeitnehmerkapitalien, Organisations- und Spargelder sollen hier einheitlich zusammengefaßt und zweckdienlicher Verwendung zugeführt werden. Diese Gelder sollen also nicht mehr gegen, sondern nur noch für die Arbeitermerchenschaft verwandt werden. Sie sollen den Arbeitern Einfluß im Wirtschaftsleben verschaffen. Fragen tauchen demnach hier auf, die auch für die Frauenwelt von weittragender Bedeutung sind. Praktische Mitarbeit der Frauen ist deshalb auch hier erforderlich. Im Sparverkehre müssen sie mit Hand und Werk legen. Mehr Vertrauen zum eigenen Sparinstitut muß geweckt werden. Unausgesetzte Spararbeit ist vonnöten. Traditionelle Anhänglichkeit an andere Sparinstitute muß abgelegt werden. Die Männerwelt muß in stärkerem Maße zur Mitarbeit angehalten werden. Der Frauen Sparsparität muß so mit eingestuft werden für die Arbeiterbewegung.

„Gewerkschaft und Partei.“ Unter diesem Titel bringt das sozialistische Hauptorgan Bayerns, die „Münchener Post“, in den letzten Tagen einen Artikel, der an Offenheit und Kühnheit nichts zu wünschen übrig läßt. Wir lassen daher am besten das Sozialistenorgan selber sprechen, es beginnt:

„Was du sein willst, sei ganz! Mit besonderer Eindringlichkeit klingt dieses Wort aus dem Munde zum Eintritt in die Partei, den die Sozialdemokratie in der roten Verbewegung an die freigewerkschaftlich organisierte Arbeitererschaft richtet. Ein freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter, der nicht zugleich Mitglied der deutschen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, ist, ist eine halbe Sache. Der freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, der sich über den Sinn und das Wesen der freien Gewerkschaftsbewegung klar geworden ist und den Mut zur Konsequenz hat, kann nicht anders — er muß Sozialdemokrat sein. Heute sind Partei und Gewerkschaften viel enger als jemals zuvor zusammengerückt: die freien Gewerkschaften können nicht ohne die sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie kann nicht ohne die freien Gewerkschaften leben. Heute treiben Gewerkschaften und Partei praktischen Sozialismus.“

Wört für es, ihr Tausende und aber Tausende, die ihr euch habt einfangen lassen in die „freien“, in Wirklichkeit sozialistischen Gewerkschaften? Ihr alle, die ihr keine Sozialdemokraten sein wollt, die ihr geglaubt habt, mit dem großen Dausen laufen zu müssen, euch jagt heute das Sozialistenorgan ins Gesicht: „Der freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter muß Sozialdemokrat sein.“ Und in dem stolzen Bewußtsein, das Herr der Nichtsozialisten in den „freien“ Gewerkschaften bis jetzt soweit gebrüllt zu haben, daß sie reiß sind, um diesen Ton mit ihnen reden zu können, schließt das Sozialistenorgan seinen Kommandobrief mit folgenden Worten: „Ein freier Gewerkschaftler, der nicht zugleich in der Sozialdemokratie, in der deutschen Arbeitermerchenschaft, politisch organisiert ist, ist ein Ungeheuer. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat zwei Arme, den gewerkschaftlichen und den politischen. Der Gewerkschaftler, der nicht in die Partei hineinget, macht sich selbst zum Krüppel, sich und die Arbeiterbewegung. Die Feinde der Arbeitererschaft schlafen nicht. Jede Arme, Gewerkschaft und Partei, müssen kämpfen können, müssen gestärkt werden. Darum hinein in die freien Gewerkschaften und hinein in die Partei der Arbeitnehmer, in die Sozialdemokratie.“ — Was wollt ihr nun tun, ihr Nichtsozialisten in den „freien“ Gewerkschaften? Wollt ihr eure religiöse Heberzeugung dem Sozialismus zum Opfer bringen? Die ganzen sozialistischen Einrichtungen sind antireligiös, das ist auf einem früheren Kongreß von führenden Sozialisten offen ausgesprochen worden. Keiner ist sich heute mehr über die Religionsfeindlichkeit des Sozialismus im unklaren. Es darf deshalb auch in den „freien“ Gewerkschaften kein Mitglied mehr geben, das noch christlich ist. An all diese ergeht die Mahnung: Hinein in die christlichen Gewerkschaften: dort ist euer Platz!

...artikel, der an Offenheit und Kühnheit nichts zu wünschen übrig läßt. Wir lassen daher am besten das Sozialistenorgan selber sprechen, es beginnt:

„Was du sein willst, sei ganz! Mit besonderer Eindringlichkeit klingt dieses Wort aus dem Munde zum Eintritt in die Partei, den die Sozialdemokratie in der roten Verbewegung an die freigewerkschaftlich organisierte Arbeitererschaft richtet. Ein freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter, der nicht zugleich Mitglied der deutschen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, ist, ist eine halbe Sache. Der freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, der sich über den Sinn und das Wesen der freien Gewerkschaftsbewegung klar geworden ist und den Mut zur Konsequenz hat, kann nicht anders — er muß Sozialdemokrat sein. Heute sind Partei und Gewerkschaften viel enger als jemals zuvor zusammengerückt: die freien Gewerkschaften können nicht ohne die sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie kann nicht ohne die freien Gewerkschaften leben. Heute treiben Gewerkschaften und Partei praktischen Sozialismus.“

Wört für es, ihr Tausende und aber Tausende, die ihr euch habt einfangen lassen in die „freien“, in Wirklichkeit sozialistischen Gewerkschaften? Ihr alle, die ihr keine Sozialdemokraten sein wollt, die ihr geglaubt habt, mit dem großen Dausen laufen zu müssen, euch jagt heute das Sozialistenorgan ins Gesicht: „Der freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter muß Sozialdemokrat sein.“ Und in dem stolzen Bewußtsein, das Herr der Nichtsozialisten in den „freien“ Gewerkschaften bis jetzt soweit gebrüllt zu haben, daß sie reiß sind, um diesen Ton mit ihnen reden zu können, schließt das Sozialistenorgan seinen Kommandobrief mit folgenden Worten: „Ein freier Gewerkschaftler, der nicht zugleich in der Sozialdemokratie, in der deutschen Arbeitermerchenschaft, politisch organisiert ist, ist ein Ungeheuer. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat zwei Arme, den gewerkschaftlichen und den politischen. Der Gewerkschaftler, der nicht in die Partei hineinget, macht sich selbst zum Krüppel, sich und die Arbeiterbewegung. Die Feinde der Arbeitererschaft schlafen nicht. Jede Arme, Gewerkschaft und Partei, müssen kämpfen können, müssen gestärkt werden. Darum hinein in die freien Gewerkschaften und hinein in die Partei der Arbeitnehmer, in die Sozialdemokratie.“ — Was wollt ihr nun tun, ihr Nichtsozialisten in den „freien“ Gewerkschaften? Wollt ihr eure religiöse Heberzeugung dem Sozialismus zum Opfer bringen? Die ganzen sozialistischen Einrichtungen sind antireligiös, das ist auf einem früheren Kongreß von führenden Sozialisten offen ausgesprochen worden. Keiner ist sich heute mehr über die Religionsfeindlichkeit des Sozialismus im unklaren. Es darf deshalb auch in den „freien“ Gewerkschaften kein Mitglied mehr geben, das noch christlich ist. An all diese ergeht die Mahnung: Hinein in die christlichen Gewerkschaften: dort ist euer Platz!

Aus unseren Zahlstellen

Augsburg. Am 18. November fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, zu der die Arbeitererschaft aller einschlägigen Betriebe durch besonderes Mundstücken eingeladen wurde. Unser Verbandsvorsitzender, Kollege Kornbach, der sich auf einer Agitationstour in Bayern befand, war der Referent des Abends. Die freien Gewerkschaften, so insbesondere die Mitglieder der Zahlstelle Augsburg des graphischen Hilfsarbeiterverbandes, waren in stattlicher Anzahl mit ihrem Gauleiter Lehmeier (München) erschienen. Der Leiter der Versammlung, Kollege Krauzfelder, gab bei der Eröffnung bekannt, daß trotz des Charakters einer Mitgliederversammlung auch den der Einladung Folge geleisteten Gästen freie Diskussion zugelassen wird. Kollege Kornbach schilderte in feinem einströmigen Vortrag den Werdegang der Tarifverhandlungen innerhalb der graphischen Berufe von 1927 mit dem Hinweis, daß das organisatorische Prozentverhältnis der einzelnen Branchen den Gradmesser für den Erfolg in Verbindung mit gefüllten Kassen der Arbeiterorganisationen abgäben. Das Buchdrucker-Hilfspersonal sei durch die Verbindlichkeitsklärung der schiedsgerichtlichen Entscheidung von einem allgemeinen Tarifkampf verhindert geblieben. Da aber auch fernherhin gegen die derzeitige Vertragsform von Arbeitgeberseite gekämpft würde, sei es notwendig, auf der Hut zu sein mit dem Ziel, alle noch abseitsstehenden Personale dem Verbandsverbande zuzuführen. Die Mantel- und Affordvertragsverhandlungen im Buchbindergewerbe hätten größten Unwillen im Arbeiterlager ausgelöst, und nur der Umstand nicht genügender finanzieller Rüstung habe Kämpfe größeren Stils zu erfolglosen Abschlüssen hintangehalten. Nach Schilderung der Vorgänge innerhalb der Kartonnagen-Industrie forderte er zur intensiven Werberbeit auf, da im neuen Jahre Konflikte zu erwarten wären. Es wäre bedauerlich, daß man heute noch immer die Werbetrommel rühren müsse, um der Gesamtarbeitererschaft klarzumachen, wie ihrem Interesse am besten

gebietet würde, zumal alle sonstigen Stände durch vielfachen Zusammenschluß ein so greifbares Beispiel lieferten. Erst nachdem der Redner dazu überging, darzulegen, warum wir uns christlich organisieren, wurde man im gegnerischen Lager unruhig. Mit dem Appell Werbung für unsere Organisation im Lager der Unorganisierten sowie falschorganisierten schloß Kollege Hornbach seine Ausführungen mit höchstem Beifall. Gauweiler Lehmeier eröffnete die Diskussion mit dem Hinweis, daß er an den rein wirtschaftlichen sowie tarifpolitischen Ausführungen des Redners nichts anzusetzen habe. Dagegen fühle er sich gezwungen, gegen den letzten Teil der Ausführungen schärfste Kritik zu üben. Er führte u. a. aus, der graphische Hilfsarbeiterverband sei kein sozialdemokratischer Verband, denn § 2 seiner Satzungen sehe religiöse und politische Neutralität vor. Er verwies des weiteren auf die Mitgliedszahl seines Verbandes, so auch innerhalb des Hauses Südbayern und glaube durch Zahlenunterschiede besonderen Eindruck machen zu können. An Hand von angeblichen Auslassungen eines sächsischen katholischen Geistlichen suchte er nachzuweisen, daß der Arbeiter alle Veranlassung hätte, auch politisch umschau zu halten, und da nur die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei den Belangen der Arbeiter Rechnung trage, so sei es nicht mehr als selbstverständlich, dem freien Gewerkschaftler den Rat zu geben, einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben. Man könne es begreifen, wenn heute viele Arbeiter nichts mehr von der Kirche wissen wollten; denn was nütze alle Religion, wenn die Kirche doch nicht danach handele. Lehmeier verwies auch auf biblische Auslassungen im Zusammenhang mit dem Kampf um den Kapitalismus. Auch glaube er, mit dem bekannten Ausspruch: „Wer knecht ist, soll Knecht bleiben“, durch falsche Auslegung Eindruck machen zu können. Er sprach ferner über Klassenkampf und Klassenhaß und schloß mit dem Hinweis, daß Deutschland als Republik von den Deutschnationalen regiert würde. Der nächste Diskussionsredner, Gewerkschaftssekretär Knöpfle, führte an Hand von Auslassungen maßgebender Führer im Lager der freien Gewerkschaften den Nachweis, daß Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften eins sind. Ferner brachte er an Hand von Artikeln freier Gewerkschaftsorgane den Beweis, daß die freie Gewerkschaftsbewegung sich auch in religiöser Hinsicht grobe Anwürfe erlaube. Auch rief er den unruhig gewordenen freien Gewerkschaftlern zu, daß nicht der politischen Sozialdemokratie die sozialen Gesetze Deutschlands zu danken wären, sondern im Gegenteil, diese hätten gegen alle diesbezüglichen Gesetze gestimmt. Für Leute mit christlicher und nationaler Gesinnung sei kein Platz im Lager der freien Gewerkschaften, denn ihre Ueberzeugung werde dort mit Füßen getreten. Mehrere Diskussionsredner der freien Gewerkschaften suchten den Beweis zu führen, daß in ihren Reihen auch christlich gesinnte Menschen zu finden. Sie wären tolerant; denn wenn in ihren Reihen jemand da wäre, der seiner Ueberzeugung wegen den Uebertritt zur christlichen Organisation vorziehen wolle, den lasse man ungehindert ziehen, wenn etwaige Beitragsreste beglichen würden. Lehmeier glaubte uns sogar Terror vorwerfen zu können, so in Kempten und Donaueschingen. Aber den näheren Beweis ist er schuldig geblieben, denn das ist kein Terror, wenn christlich denkendes Druckerpersonal auf Grund von Aufklärung freiwillig den Uebertritt in unsere Organisation vollzieht. Unser Kollege Will fühlte sich veranlaßt, einen Terrorakt aus Stuttgart darzulegen, indem er sagte: „Ich war als junger Mensch im Lager der freien Gewerkschaften, doch diese haben mich selbst durch ihren Spott in religiösen Dingen aus ihren Reihen verdrängt. Meine Mitgliedschaft im katholischen Gesellenverein hat es ihnen in besonderem angetan, ihren Spott an mir auszulassen. Durch die Unzulässigkeit und den Terror im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager habe ich gottlob den Weg zur christlichen Gewerkschaft gefunden.“ Kollege Kranzfelder konnte Herrn Lehmeier selbst nachweisen, daß auch er sich schon in äußerster geschäftiger Form gegenüber der christlichen Gewerkschaftsbewegung ausgelassen habe. Damals hätte er (Kranzfelder) leider noch nicht über die nötige Verehrsamkeit verfügt, sonst hätte er die Anwürfe des Herrn Lehmeier in der notwendigen Form zurückgewiesen. Herr Lehmeier fühlte sich nochmals veranlaßt, über die Duldbarkeit innerhalb der freien Gewerkschaften zu sprechen, indem er hervorhob, daß seine eigene Schwiegertochter christlich organisiert sei, desgleichen in der Druckerei der sozialdemokratischen „Münchener Post“ seit Jahren ein christlich organisierter Buchbinder tätig sei. Im Schlußwort hob Kollege Hornbach hervor, daß er sich an Hand der gegnerischen Auslassungen kurz fassen könne, denn Kollege Lehmeier habe bei aller Abwehr und trotz § 2 der Satzungen selbst den Beweis erbracht, daß die freien Gewerkschaften im allgemeinen und so auch der Verband der graphischen Hilfsarbeiter es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachteten, die Sozialdemokratie als einzige Hoffnung in politischer Hinsicht zu propagieren und zu stärken. Die Unschuldsbewertungen könne man kaum ernst nehmen, denn es komme nicht darauf an, wie sich die Sprecher der heutigen Versammlung unseren Mitgliedern gegenüber bewegen, sondern der Gesamt-

Charakter der Organisation sei maßgebend. Für christlich gesinnte Berufszugehörige sei kein Raum im Lager der freien Gewerkschaften. Es sei an der Zeit, mit der sogenannten Zweifelslehre zu brechen. Er verwies auf die Enzyklika Rerum novarum und brachte zum Ausdruck, daß kein sozialdemokratischer Kritiker den Beweis zu erbringen vermöge, daß die Kirche in sozialer Hinsicht verfolge. Die Auswüchse des Kapitalismus fänden keine Stütze bei den Dienern der christlichen Konfessionen. Die christlichen Gewerkschaften verkörperten zwar die Mühseligkeit gegenüber den sozialdemokratischen Gewerkschaften, aber an Entschiedenheit im Vorgehen ließen sie sich von niemand übertreffen. Es läme nicht nur auf die Zahl, sondern auch auf den Geist an, der eine Bewegung beherrische. Mit dem Hinweis auf notwendige Reformen in dem Tarifwesen bei den Verhandlungen im Jahre 1928, forderte der Referent alle Mitglieder auf, zur Erhaltung des Graphischen Zentralverbandes beizutragen. Der Versammlungsleiter, Kollege Kranzfelder, hob hervor, daß die Versammlung bestimme ihren Zweck erfüllt hätte. Die Gegner müßten sich mit der Tatsache abfinden, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung da wäre und nicht mit terroristischen Maßnahmen zurückgehalten werden könne. Mit der Aufforderung zur allseitigen Verbearbeit für den Graphischen Zentralverband schloß er die interessante Versammlung unter großem Beifall.

Kempten. Am 17. November fand eine außerordentliche Versammlung statt, die sehr gut besucht war. Zentralvorsitzender Hornbach sprach über das Thema: „Welche Lehren ziehen wir aus den Tarifverhandlungen von 1927?“ Seine Ausführungen lösten großes Interesse und den Willen aus, alles auszubieten, um die letzten Unorganisierten unserer Organisation zuzuführen. Sodann fand eine breite Aussprache über die Verhältnisse am Orte statt, wobei nachgewiesen wurde, daß die Kollegialität und Verhältnisse im Betriebe oft viel zu wünschenswert wären. Persönliche Streitigkeiten hätten leider immer den Umfang zur Folge, daß der Verband darunter zu leiden hätte, so insbesondere durch schlechten Versammlungsbesuch. Man erkannte an, daß in früheren Jahren die Leistungsfähigkeit des Personals einer größeren Buchbindereiabteilung manches zu wünschen übrig ließ, aber die neue Leitung gehe in ihren Reformen entschieden zu weit, denn es sei sicher nicht angängig, Affordbarkeiten zu fordern und nur nach Zeitlohn zu zahlen. Kollege Hornbach nahm in längeren Ausführungen zu allen Klagen Stellung und gab Winte und Anregungen, wie schädigende Umstände zu beseitigen sind. Desgleichen gab er Aufklärung über die eigentliche Handhabung des Reichsaffordbarities. Die Form der Kontrollmethoden in bezug auf Leistungen der Zeitlohnarbeiter sei in dem geschützten Ausmaße keineswegs zuzubehalten. Das Handfalten sei im Reichsaffordbarities sehr schlecht bezahlt. Auch die Unternehmer gäben das zu, aber sie wollten sich nur dann zu einer Aufbesserung dieser Preise verstehen, wenn dafür ein Abbau anderer Positionen zugestanden würde. Da sich die Satzpreise am Orte noch wesentlich unter jenen vom Reichsaffordbarities bewegen, seien sie unhaltbar und somit unverzüglich einer Revision zu unterwerfen. Notwendige Erfolge seien sehr stark von der Einigkeit der Mitgliederschaft am Orte abhängig. Der neu gewählte Vorstand verdiene es in besonderem, daß man ihm Treue und Geselligkeit in den gesamten Mitgliederkreisen verbürge durch regelmäßigen Versammlungsbesuch, geistliche und organisatorische Fortbildung, sowie Pflächterfüllung im Betriebe. Der Vorsitzende, Kollege Waldenmaier, dankte dem Referenten für alle gegebenen Anregungen und verband damit die Hoffnung, daß die nächsten Versammlungen einen guten Besuch aufweisen mögen.

Landsbut i. V. Am 9. November hatten wir Gelegenheit, unseren Zentralvorsitzenden, Kollegen Hornbach, als Referenten in einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung zu begrüßen. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten durch den Leiter der Versammlung, Kollegen Probst, hielt Kollege Hornbach einen einstündigen Vortrag über das Thema: „Was lehren uns die Tarifverhandlungen von 1927 innerhalb der graphischen Berufe?“ Für die Versammlungssteilnehmer war es ein Erlebnis, aus beruflichem Munde zu vernehmen, wie sich die Verhandlungen abspielten, und welchen unheilvollen Einfluß, d. h. Nachtteil, unorganisierte Berufszugehörige hierbei ausübten. Mit einer größeren Fülle von Material brachte der Referent den Nachweis, daß 1928 in einzelnen Berufszweigen schwere Wirtschaftskämpfe in Aussicht ständen und es zwingend notwendig wäre, alle noch abseits stehenden Berufszugehörigen und falschorganisierte unserem Verbande zuzuführen. Die Versammlungssteilnehmer spendeten dem Redner höchsten Beifall und gaben in der Diskussion die Versicherung ab, mehr als bisher für die weitere Ausbreitung der Organisation besorgt zu sein. Die Aussprache ergab manchen Mißstand im Betriebe und der Referent gab Aufschluß, auf welche Art und Weise Mißstände abgestellt werden können. Möge der Versammlungsbesuch immer ein so guter sein, damit eine gute Schulung bei allen Mitgliedern erzielt werden kann.

Regensburg. Auf seiner Durchreise nach am 10. November besuchte Zentralvorsitzender Hornbach auch unsere Jahreshalle. In einer aus dem Anlaß abends einberufenen Versammlung sprach er über das interessante Thema: „Lehren die Tarifverhandlungen im Jahre 1927?“ längerer Rede führte Kollege Hornbach uns Augen, was das ganze Jahr hindurch sich alles an Tarifverhandlungen abspielt. Er stellte Vergleich an zwischen Buchdrucker-, Buchbinder- und Kartennagendarbeiter. Aus dieser Gegenüberstellung war zu ersehen, daß zur Besserstellung der Tarife nur eine straffe Organisation, sondern auch Disziplin und Willigkeit in der Kollegenschaft notwendig ist. Jeder Berufszugehörige werden, bis auch die letzten graphische Arbeiter organisiert ist. Es ist uns nicht einzuwenden, ob diese oder jene Gruppe schlechter organisiert ist. Jede Berufsgruppe ist in Tarifverhandlungen mit tonangebend. Leider muß wir bei dem Vortrag des Kollegen Hornbach nicht schuldlos sein, unsere Brust klopfen, denn in Regensburg gibt es noch genug Firmen, wo wir bis den Einfluß nicht gewinnen konnten, der uns christliche Organisation gebührt. Das Buchbinderpersonal der Firma Josef Habel bleibt trotz der Einladung aus fern. Ob aus Furcht vor dem Chef oder Verleumdung, entzieht sich unserer Kenntnis. In anderen Betrieben, Firma Manz, können wir nicht aufpassen, da dieser als freigeorganisierter gilt, während von der Firma Friedrich Küster nur erfreuliches berichtet ist. Es herrscht dort, Dank unserer Organisation (Buchbinderei 100 Prozent) und der Zusammenarbeit der Firma ein harmonisches Zusammenarbeiten. Man von den vorgenannten Firmen nicht zu werden. Es wurde noch die Frage der konfessionellen Arbeitervereine erörtert. Die Aussprache zeitigte Ergebnis: Wenn wir von den konfessionellen einen Unterstützung wollen, so müssen wir sie eben unterstützen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn christliche Gewerkschaftsgruppen auch für die konfessionellen Vereine zu gewinnen wäre; diese und schiebende andere Fragen lösten eine lebhaft Diskussion aus. In vorgerückter Stunde besuchte uns Kollege Ehrhardt (Gutenbergs-Bund). Seine Versammlung freudig begrüßt, richtete er einige muntere Worte an uns. Im Schlußwort ließ Kollege Hornbach den Verkauf der Versammlung an vorbeiziehen, forderte auf, in der Verbearbeitung zu erlahmen und alles einzusetzen zur Stärkung unserer Organisationen. Hatten wir auch unser Ziel, organisierte Kollegen zur Versammlung zu bringen nicht erreicht, so konnten wir doch die Versammlung mit dem Bewußtsein schließen, daß die Organisation die Treue, die wir ihr hatten, uns wieder

Graphischer Zentralverband
 Geschäftsstelle: Köln a. Rh., Venierwall 9.
 Hauptverlag: Köln 1928. Telefon: Köln 15 17.

Abrechnungen vom 3. Vierteljahr fanden ein bis zum 1. November: Albstadt, Brühl, Göttersloh, Hamm, Hildesheim, Kassel, Lehr, Seelbach, Berlin, Dresden, Esfurt, Osnabrück, Wuppertal.
 14 Abrechnungen fehlen noch, darunter 6 größere Ortsgruppen.
 Gelder gingen ein: Donaueschingen, Seelbach, Göttersloh, Albstadt, Neudorf, Neudorf, Wuppertal, Esfurt, Bremen, Düsseldorf, Dortmund, Cleve, Hildesheim, Hildesheim, Essen, Göttersloh, Stuttgart, Neudorf, Wuppertal, Wuppertal, Köln, Köln, Seelbach, Esfurt.
 Für die ausgesperrten Tabakarbeiter: Regensburg, Augsburg, Bonn, München.
 Bitte diesen bringen, um Erledigung der Abrechnungen besorgt zu sein. Damit erspart man das dreifache an Besuchen.
 Zeitungsanzeigen sollen von den größeren Ortsgruppen monatlich erfolgen.
 Es sind erschienen und von unserer Geschäftsstelle zu beziehen: Deutscher Buchdrucker-Zeitungs-Zentralverband, 25 Pf., Reichsaffordbarities, 25 Pf., Reichsaffordbarities für den Buch- und Zeitungsdruckerberuf, 20 Pf., Reichsaffordbarities für die Kartonnagen-Industrie, 20 Pf., Reichsaffordbarities für das deutsche Buchbindergewerbe, 25 Pf., Reichsaffordbarities, 25 Pf.

Zeitungpreis 10 Pfennig
 Vorauszahlung erforderlich

Anzeigen Zahlstellenanzeigen
 10 Pfennig 5 Pfennig

Unsere lieben Kollegen
Juliane Ester
 nebst Dienstag
 die besten Wünsche und Segenswünsche zur Verwaltung.
Zahlstelle M.-Glabbach

Unserem lieben Kollegen und Zentralvorstandsmitglied
Albert Thommesen
 die herzlichsten Wünsche und Segenswünsche zum 25jährigen Jubiläum
 beim Buchverlag G. Köhler.
Zahlstelle M.-Glabbach